

nachrichten

Mehr Privatwirtschaft beim Bund

BERN. Das Vorhaben des Bundesrats, die Arbeitsbedingungen der Bundesverwaltung näher an die Privatwirtschaft zu rücken, stösst auf wenig Unterstützung. Der Linken geht die Anpassung zu weit, für die SVP verbleiben zu viele Privilegien. Einzig die FDP ist zufrieden mit den geplanten Änderungen. Neu sollen etwa die Kündigungsfristen verkürzt und die Liste der Gründe, die eine ordentliche Kündigung erlauben, abgeschafft werden. SDA

Offene Fragen zu Nef sollen geklärt werden

ZÜRICH. Der Zürcher Regierungsrat soll erneut Fragen im Zusammenhang mit dem eingestellten Strafverfahren gegen Ex-Armeechef Roland Nef beantworten. Die SVP hat gestern im Kantonsrat eine entsprechende Interpellation eingereicht. Der im vergangenen September von der Justizdirektion publizierte Bericht über die Strafverfolgung im Fall Nef sei lückenhaft und nicht neutral, heisst es im Vorstoss. So lasse sich bis heute nicht beurteilen, ob die Einstellung des Verfahrens wegen Nötigung im September 2007 durch die Zürcher Staatsanwaltschaft juristisch korrekt erfolgt sei. SDA



Foto Reuters

Ueli Maurers erster Arbeitstag

BERN. Bundesrat Ueli Maurer hat gestern seine Arbeit als Chef des Departements für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS) aufgenommen. Um halb neun Uhr wurde er mit militärischen Ehren und Marschmusik empfangen. Vor dem Bundeshaus Ost hiess Armeechef ad interim André Blattmann den neuen Departementsvorsteher willkommen. Maurer versicherte ihm, dass die Armee auf ihn zählen könne. Nach Auskunft von VBS-Sprecher Dominique Bugnon verbrachte Maurer seinen ersten Arbeitstag mit Besprechungen mit seinen Mitarbeitern. SDA

Bund erhöht Gebühren für Baubewilligungen

BERN. Seit Anfang Jahr müssen Eisenbahnen, Seilbahnen und Schifffahrtsgesellschaften höhere Gebühren für Baubewilligungsverfahren zahlen. Ende 2008 beschloss der Bundesrat eine Anpassung der Obergrenzen der Gebühren, wie das Bundesamt für Verkehr gestern mitteilte. Bisher waren die Beträge, die die Bahnen dem Bund zahlen mussten, generell auf 30 000 Franken beschränkt. Damit erreichten die Gebühren einen Kostendeckungsgrad von lediglich 30 Prozent. Neu wird zwischen normalen und aufwendigen Verfahren unterschieden. Für Erstere beträgt die Obergrenze neu 50 000 Franken, für aufwendige Verfahren maximal 200 000 Franken. SDA

2008 war ein super Jahr für Zuckerrüben

AARBERG/FRAUENFELD. Die Zuckerrübenfabriken Aarberg (BE) und Frauenfeld haben 2008 eine Rekordmenge an Zuckerrüben verarbeitet. Da das Wetter ideal war, stieg die verwertete Menge um 3 Prozent auf 1,64 Millionen Tonnen. Daraus stellten die zwei Betriebe 251 000 Tonnen Zucker her – ebenfalls so viel wie noch nie. SDA

«Mir bleibt nur die Schwarzarbeit»

Weil Marta* (17) eine Sans-Papiers ist, steht sie nach der 10. Klasse vor dem Nichts

BARBARA LAUBER

Marta fürchtet sich vor der Zukunft. Als Sans-Papiers darf die 17-jährige Ecuadorianerin in der Schweiz keine Lehre machen – obwohl sie eine Lehrstelle hätte.

«Ich lebe wie in einem kleinen, engen Zimmer, das keinen Ausgang hat», sagt Marta leise. Dann lächelt sie. Marta lächelt viel. Denn niemand soll in ihrem Gesicht die Angst und Ohnmacht erkennen können, die sich jeden Tag in ihr breitmachen. Würde jemand die Wahrheit sehen, sagt Marta, dann wäre dies das Ende.

Marta kam 1999 mit ihrer Mutter in die Schweiz. Sie stammt aus Ecuador, einem Land, aus dem in den letzten zwanzig Jahren über zwei Millionen Menschen vor der Armut geflüchtet sind. Marta ist heute 17-jährig. Von ihrer Existenz wissen die Behörden nichts, denn Marta besitzt keine Aufenthaltsbewilligung. Seit sie vor neun Jahren nach Ablauf ihres Touristenvisums in Basel untergetaucht ist, ist sie eine Sans-Papiers, eine Illegale. Mit ihrer Mutter wohnt sie in einer billigen Einzimmerwohnung, die ein Bekannter für sie gemietet hat. Die Frauen leben und schlafen im gleichen Raum. Und teilen die Angst, gefasst, weggewiesen, ausgeschafft zu werden.

WARTEN AUF DAS NICHTS. Marta ging während den letzten acht Jahren in Basel zur Schule; das ist Sans-Papiers-Kindern heute erlaubt. Sie lernte Deutsch, hatte in Englisch und Französisch gute Noten, fand Kolleginnen und eine Freundin. Seit letztem Sommer besucht Marta die 10. Klasse. Es ist ihr letztes Schuljahr. Danach wird sie vor dem Nichts stehen. Sans-Papiers-Kinder können in der Schweiz keine Berufslehre machen (vgl. Text unten). «Ich versuche, nicht an nächsten Sommer zu denken», sagt sie. «Noch habe ich eine Aufgabe und ein Ziel, noch ist alles gut.» Doch die Angst vor der ungewissen Zukunft lässt sich nicht vertreiben. «Es gibt Tage, da bin ich so traurig, dass ich morgens nicht in die Schule gehen kann», sagt die junge Frau. Sie blickt kurz zu ihrer Mutter und fügt hinzu: «Manchmal denke ich, es wäre einfacher, tot zu sein.» Die Mutter lächelt, sie hat Martas Dialektworte nicht verstanden.

Dass Marta illegal in Basel lebt, wissen an der Schule nur der Schulleiter, der Lehrer und eine Kollegin. «Alle anderen lüge ich jeden Tag an», sagt Marta, «aus Angst vor Verrat». Um nicht aufzufallen, meldete sie sich in den letzten Wochen wie alle anderen für verschiedene Schnupperlehren. Marta schnupperte bei einem Coiffeur, in einer Drogerie, in einem Kleidergeschäft. Dort durfte sie Hosen und Pullover sortieren, Regale einräumen, die Verkäuferinnen begleiten. «Ich hatte riesigen Spass», schwärmt die Schülerin. Dieses Mal lachen auch ihre Augen. «Die Filialeleiterin war sehr zufrieden mit mir. Sie sagte, ich solle mich im Januar bei ihr melden – für eine Lehrstelle!» Marta erzählt es mit Stolz. «Das hat mich wahnsinnig gefreut. Und mich sehr traurig gemacht.»

Marta liebt Kleider. «Eine Detailhandelslehre in einem Kleidergeschäft – das wäre ein Traum!», sagt sie. «Dann würde ich Geld verdienen. Und wir könnten in eine grössere Wohnung ziehen, mit zwei Schlafzimmern.» Doch Marta fürchtet, dass das ein Traum bleiben wird. «Für Menschen wie mich gibt es nach der Schule keine Möglichkeiten mehr. Mir bleibt nur die Schwarzarbeit. Oder das Nichtstun», sagt sie. In ihrer Stimme liegt keine Bitterkeit, keine Wut, nur Trauer und Enttäuschung. «Dabei», fügt Marta leise hinzu, «kann ich nichts dafür, dass ich hier bin. Ich hatte keine Wahl.»

ALTERNATIVE PUTZEN. Marta wird nach der 10. Klasse das tun, was ihre Mutter tut: bei fremden Menschen putzen – für keine 2000 Franken im Monat. «Einfach zu Hause sitzen und nichts tun, das würde ich nicht ertragen.» Marta träumt nicht von der fernen Zukunft. «Das bringt nichts!», sagt sie unerwartet forsch. Als sie kürzlich in der Schule einen Aufsatz über ihre Pläne schreiben sollte, gab sie dem Lehrer ein weisses Blatt ab. «Mein Kopf», sagt Marta «war völlig leer.» Doch noch hat die junge Frau die Hoffnung auf ein legales Leben nicht ganz aufgegeben: Soeben hat sie bei den Behörden ein Gesuch um Aufenthaltsregelung gestellt. Sie hofft, dass man sie als Härtefall anerkennen wird. «Vielleicht klappt es ja», sagt Marta. Die Mutter nickt unbestimmt.

Mit einer Aufenthaltsbewilligung, sinniert Marta, müsste das Leben viel leichter, unbeschwerter sein. «Dann hätte ich keine Angst mehr, wenn ich Polizisten auf der Strasse sehe oder ein Polizeiauto höre. Dann könnte ich mit meinen Kolleginnen offen reden und müsste nicht mehr lügen.» Sie seufzt. Marta weiss, was sie nach einem abschlägigen Bescheid erwarten wird: die Wegweisung. «Dann müssen meine Mutter und ich erneut untertauchen und an einem anderen Ort wieder ganz von vorne anfangen, ohne Freunde», sagt sie. Denn zurück nach Ecuador will Marta nicht: «Dort gehöre ich nicht mehr hin. Ich bin in der Schweiz aufgewachsen. Hier bin ich zu Hause.»

* Name von der Redaktion geändert



Marta lebt illegal in der Schweiz. Um eine Lehre absolvieren zu können, braucht die junge Ecuadorianerin eine Aufenthaltsbewilligung. Foto Elana Monti

Bildung für jedes Kind gefordert

SANS-PAPIERS-KINDER. In der Schweiz leben zwischen 70 000 und 180 000 Sans-Papiers – ehemalige Saisonniers, abgewiesene Asylsuchende und aussereuropäische Arbeitsimmigranten, die sich illegal im Land aufhalten. Daneben dürften mehrere Tausend Sans-Papiers-Kinder hier leben. Zwar haben sie laut Bundesverfassung ein Recht auf Grundschulbildung und dürfen die Schule besuchen. Doch spätestens nach dem 10. Schuljahr stehen die meisten vor dem Nichts, da sie keine Berufslehre absolvieren können. Diese Politik hat das Parlament bei der Totalrevision des Ausländergesetzes nochmals bestätigt. Nicht-Regierungsorganisationen (NGOs) wie die Sans-Papiers-Beratungsstelle Basel, Terre des hommes, Heks oder Unia kritisieren dies. In ihrer neuen Kampagne «Kein Kind ist illegal» fordern sie ein Recht

auf Bildung vor und nach der Volksschule. Sie beziehen sich dabei auf die von der Schweiz ratifizierte UNO-Kinderrechtskonvention. Die NGOs warnen, dass ohne Legalisierung «Hunderte bis Tausende Jugendliche» in die Schwarzarbeit gedrängt werden. Diese Befürchtung teilt auch Nationalrat Luc Barthassat (CVP, GE). In einer kürzlich eingereichten Motion fordert er den Bundesrat auf, Jugendlichen ohne gesetzlichen Status eine Berufslehre zu ermöglichen. Der Bundesrat hat in der Vergangenheit eine generelle Erteilung von Aufenthaltsbewilligungen jedoch wiederholt ausgeschlossen. Es gebe heute in «begründeten Härtefällen» genug Spielraum für Lösungen. Bei der Anerkennung eines Härtefalls spielt bei Jugendlichen die Dauer des Aufenthalts und die Integration eine wichtige Rolle. blb

Zürcher Sans-Papiers

HÄRTEFÄLLE. Der Zürcher Regierungsrat Hans Hollenstein hat sich gestern mit einer Delegation der Zürcher Sans-Papiers getroffen (vgl. BaZ von gestern). Er sicherte ihnen zu, dass er sich für die erneute Schaffung einer Härtefall-Kommission starkmachen will, wie Hollenstein nach dem Treffen vor den Medien festhielt. Die Kirche habe dabei ihre Bereitschaft zur Mitarbeit offeriert, sagte Kirchenratspräsident Ruedi Reich. In Bezug auf die Anerkennung von Härtefällen bei Menschen mit abgelehnten Asylgesuchen signalisierte Hollenstein dagegen kein Entgegenkommen. Zürich habe eine harte Praxis, räumte er ein. Man wolle aber auf eine gesamtschweizerische Handhabung hinwirken. Das Treffen der Sans-Papiers-Delegation mit Hollenstein und Reich wurde möglich, nachdem die Sans-Papiers nach 17 Tagen die Besetzung der Predigerkirche aufgegeben haben und in die Kirche St. Jakob umgezogen sind, wo ihnen Asyl angeboten worden war. AP